5. Die politische Infrastruktur

Europäische Parteien

Michael Weigl

Das Parteiensystem auf europäischer Ebene kannte bis dato drei Phasen seiner Konsolidierung: (1) die Phase der Gründung erster europäischer Parteienbündnisse als föderative Zusammenschlüsse gleichgesinnter Parteien auf europäischer Ebene in den 1970er Jahren, (2) die Reorganisation der etablierten Parteienbündnisse infolge der erstmaligen formellen Anerkennung politischer Parteien auf europäischer Ebene durch den Vertrag von Maastricht 1992 (Art. 138a EG-Vertrag) und (3) die in den 1990er Jahren bis heute erfolgte Ausdifferenzierung des Parteiensystems links und rechts der Mitte infolge der zunehmenden Politisierung Europas (siehe Tabelle). Die Stabilität des derart konturierten Parteiensystems auf europäischer Ebene hat sich auch 2015 wieder erwiesen. Allen 13 politischen Organisationen, welche die Europäische Union schon in den Vorjahren als politische Parteien auf europäischer Ebene anerkannt hatte, wurde dieser Status auch jetzt wieder zuteil. Weiterhin sind es die bereits in den 1970er Jahren gegründeten transnationalen Parteienbündnisse wie die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE), die Europäische Volkspartei (EVP) und die Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE), welche die tragenden Säulen des Parteiensystems auf europäischer Ebene darstellen. Gleichzeitig aber ist das Parteiensystem auf europäischer Ebene aktuell nicht nur von Kontinuität, sondern ebenso von weiterer Dynamisierung geprägt. Als Folge der abermaligen Zugewinne europaskeptischer und rechtspopulistischer Parteien bei den Europawahlen 2014 haben sich Bemühungen der parteilichen und fraktionellen Zusammenfassung auch der äußeren und extremen Rechten auf europäischer Ebene weiter intensiviert. Nach dem Scheitern ähnlicher Bemühungen in früheren Jahren – wie der nur kurzzeitigen Existenz der Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) im Europäischen Parlament 2007 – deutet sich hier ein Konsolidierungsprozess an, der als vierte Phase die Entwicklung des Parteiensystems auf europäischer Ebene abschließen könnte. Noch allerdings kämpfen, gestärkt durch die eigenen Wahlergebnisse bei den Europawahlen 2014, die französische Front National (FN) (24,9 Prozent, + 18,4 Prozentpunkte) und die britische UK Independence Party (UKIP) (27,5 Prozent, + 11,0 Prozentpunkte) um die Vorherrschaft innerhalb der Rechtsparteien auf europäischer Ebene.

Ihren Führungsanspruch am rechten Rand Europas untermauerte die FN mit der von ihr initiierten Gründung der Bewegung für ein Europa der Nationen und der Freiheit (Mouvement pour l'Europe des nations et des libertés, MENL) am 3. Oktober 2014. Mit der belgischen Vlaams Belang (VB), der italienischen Lega Nord (LN) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) gehörten der neuen Partei anfangs vier, seit März 2015 (Beitritt der tschechischen Občanská konzervativní strana) fünf Parteien aus fünf Mitgliedstaaten an. Mit Aymeric Chauprade (FN) besetzte die FN-Vorsitzende und Europaparlamentarierin Marine Le Pen das Amt des Vorsitzenden anfangs mit ihrem Berater für internationale Beziehungen. Als dieser am 10. Februar 2015 von seinem Amt zurücktrat, nachdem er zuvor davon gesprochen hatte, dass sich Frankreich „en guerre contre des musulmans“[1]

1 Le Figaro.fr: Marine Le Pen désavoue Aymeric Chauprade après ses propos sur les musulmans, 19.1.2015.

befinde, folgte ihm mit Louis Alio (FN) ein erfahrener Parteikollege (2005 bis 2011 Generalsekretär der FN, seit 2011 Vizepräsident der FN) im Amt des MENL-Vorsitzenden nach. Mittelfristig ist das Aufgehen der erst 2010 gegründeten Europäischen Allianz für Freiheit (EAF) in der im März 2015 vom Europäischen Parlament als Partei anerkannten MENL vorgesehen. Der Gründung der MENL vorausgegangen waren Bemühungen der Konstituierung einer eigenen Fraktion im Europäischen Parlament, die allerdings daran scheiterten, dass das Bündnis die Anforderungen an die Zuerkennung des Fraktionsstatus (mindestens 25 Abgeordnete aus sieben Mitgliedstaaten) nicht zu erfüllen vermochte. Zwar hatte der polnische Kongress der neuen Rechten (KNP) seine Mitarbeit angekündigt. Neben Differenzen zwischen dem Vorsitzenden der niederländischen Partij voor de Vrijheid (PVV), Geert Wilders, und dem KNP-Abgeordneten Robert Iwaszkiewicz, die eine Zusammenarbeit erschwerten, fehlte dem Bündnis jedoch immer noch zumindest eine Partei eines weiteren Staates, um die Auflagen zu erfüllen. Eine Kooperation mit der ungarischen Jobbik-Partei und der griechischen Goldenen Morgenröte hatte Marine Le Pen, ihrem Kurs einer „dédiabolisation“ (Entdiabolisierung) der FN folgend, bereits zuvor ausgeschlossen. Der Weg zur Gründung der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit (ENF) am 16. Juni 2015 war damit erst frei, als die im März 2015 aus der UKIP ausgeschlossene Britin Janice Atkinson für eine Zusammenarbeit gewonnen werden konnte und sich außerdem Iwaszkiewicz schon am 20. Oktober 2014 der Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie (EFDD) angeschlossen hatte. Nicht dem Führungsanspruch der FN unterordnen wollte sich die zweite starke Kraft im Lager der europäischen Europaskeptiker – die britische UKIP. Das am 30. September 2014 gegründete Parteienbündnis Allianz für Direkte Demokratie in Europa (ADDE) wird wesentlich von ihr dominiert. Bedeutung kommt hier außerdem noch den bei nationalen Wahlen erfolgreichen, im Europäischen Parlament aber nur mit ein beziehungsweise zwei Abgeordneten vertretenen Parteien Tvarka ir teisingumas (TT, Litauen) und Schwedendemokraten (SD) zu (weitere Mitglieder sind die belgische Parti Populaire (PP), die französische Debout la France (DLF), die niederländische Voor Nederland (VNL) sowie Joëlle Bergeron/Frankreich und Robert Iwaszkiewicz/Polen als Einzelmitglieder). Zwar spricht die Tatsache, dass zwei Europaparlamentarier der UKIP – ihr Gründungsmitglied und erster Generalsekretär Gerard Batten und das ebenfalls langjährige Mitglied Julia Reid – sich nicht der ADDE anschlossen, nicht für ihre künftige Stärke und Stabilität. Allerdings sind beide, Batten wie Reid, Mitglied der von UKIP und der italienischen Fünf-Sterne-Bewegung (MoVimento 5 Stelle, M5S) dominierten Fraktion EFDD im Europäischen Parlament.

Wie die FN hatte auch die ADDE anfangs Probleme, eine stabile eigene Fraktion in Nachfolge der 2009 ins Leben gerufenen Fraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD) zu begründen. Die dem Parteienbündnis angehörenden DLF und VNL hatten den Einzug ins Europaparlament versäumt. Mit Petr March von der tschechischen Strana svobodných občanů (SSO) und Iveta Grigule vom lettischen Bauernverband (LZS) wurde die geforderte Zahl von sieben repräsentierten Staaten exakt erreicht. Als jedoch am 16. Oktober 2014 Grigule ihren Austritt aus der Fraktion erklärte, verlor diese deshalb auch zugleich ihren Fraktionsstatus. Erst der Beitritt von Iwaszkiewicz nur vier Tage später machte die Neukonstituierung der Fraktion – jetzt unter dem Namen EFDD – perfekt.

Beide Fraktionen am rechten Rand des europäischen Parteiensystems, die ENF wie auch die EFDD, erweisen sich bislang als äußerst labile Bündnisse, welche die Anforderungen an Fraktionen im Europäischen Parlament gerade so erfüllen. Die Phase der Konsolidierung auch des rechten Randes des europäischen Parteiensystems kann so als noch nicht abgeschlossen betrachtet werden. Zwar haben die europaskeptischen und

rechtspopulistischen Parteien mit der Europawahl 2014 an Stärke gewonnen. Noch verhindert der Machtkampf zwischen FN und UKIP aber, dieses Potential in eine gemeinsame Fraktion der Rechtsparteien im europäischen Parlament umzumünzen. Auch beklagten sich EFDD und ENF darüber, dass die etablierten Parteien sie bei der Besetzung der Ausschüsse im Europäischen Parlament umgehen würden. Tatsächlich sitzen aktuell Vertreter der EFDD oder ENF keinem der 22 Ausschüsse des Europäischen Parlamentes vor, obwohl jedem von ihnen bei proportionaler Berücksichtigung ein Vorsitz zustehen würde. Dennoch läuft der Vorwurf der Rechtsparteien de jure ins Leere, da die Vorsitzenden der Ausschüsse laut Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments (Art. 204 Abs. 1) nicht nach Proporz bestimmt, sondern vom Gremium selbst gewählt werden. Einen mit ihrer erhöhten Mandatszahl einhergehenden, gestärkten Einfluss der Rechtsparteien im Europäischen Parlament kann so nach 2014 nicht ausgemacht werden. Gleichwohl hat ihre Präsenz zu einer Erneuerung des Wertekonsenses unter den übrigen Parteien geführt.

Unter den etablierten Fraktionen im Europäischen Parlament war es die EVP, welche sich als erste neu konstituierte. Bereits am 4. Juni wählte sie den deutschen Manfred Weber (Christlich-Soziale Union, CSU) zum Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden, Joseph Daul (Union pour un mouvement populaire, UMP/Frankreich). Daul hatte bereits im November 2013 die Nachfolge des verstorbenen EVP-Vorsitzenden Wilfried Martens übernommen. Im Vorsitz der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D) löste der Italiener Gianni Pittella (Partito Democratico, PD) im Juli 2014 den nicht mehr für das Europäische Parlament kandidierenden Österreicher Hannes Swoboda (Sozialdemokratische Partei Österreichs, SPÖ) ab. Der im November 2011 erstmals zum Vorsitzenden der SPE gewählte Sergei Stanischew von der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) entkam dagegen beim turnusgemäßen Wahlparteitag im Juni 2015 nur knapp einer Stichwahl. Hatte es lange Zeit so ausgesehen, als würde ihm mit dem früheren Präsidenten des Europäischen Parlamentes Enrique Barón Crespo (Partido Socialista Obrero Español, PSOE) ein starker Widersacher entgegenstehen, zog letzterer seine Kandidatur für den SPE-Vorsitz kurzfristig zurück, weshalb einer abermaligen Wiederwahl Stanischews nichts mehr im Wege stand. Wie schon 2004 und 2009 erzielten EVP und S&D am 24. Juni 2014 abermals eine Einigung darüber, sich die Präsidentschaft des Europäischen Parlamentes zu teilen, wobei die erste Hälfte der Legislaturperiode der S&D zufällt, weshalb der 2012 erstmals gewählte deutsche Martin Schulz (Sozialdemokraitsche Partei Deutschlands, SPD) am 1. Juli 2014 abermals zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde (mit 409 von 612 Stimmen). Zwei Tage nach Abschluss der Übereinkunft schloss sich die ALDE-Fraktion, abermals geführt von ihrem bereits 2009 zum Vorsitzenden gewählten Belgier Guy Verhofstadt (Open Vlaamse Liberalen en Democraten, Open Vld/), dem Abkommen, dessen Ziel die Etablierung einer „stable, pro-European majority in the House to defend the values and principles of European integration“[2] war, an. Auch die Besetzung der Parlamentsausschüsse und der Europäischen Kommission wird ganz von dieser Dreier-Koalition dominiert. Der Brite Graham Watson (Liberal Democrats, LibDems), seit 2011 Vorsitzender des Parteienbündnisses ALDE, wurde erst im November 2013 in seinem Amt bestätigt.

2 Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament: EPP, S&D and ALDE to form a stable majority in the EP for the next European Commission, 26.6.2014, abrufbar unter: http://www.socialistsanddemocrats.eu/de/newsroom/epp-sd-and-alde-form-stable-majority-ep-next-european-commission (letzter Zugriff: 11.8.2015).

Ihrem traditionellen Kurs der partiellen Bündnispolitik mit den etablierten Parteien treu geblieben ist die wesentlich von der britischen Conservative Party und der polnischen Prawo i Sprawiedliwość (PiS) getragene Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten (AECR). Als einzige Partei jenseits der drei traditionellen Stabilitätsmomente des Parteiensystems auf europäischer Ebene stellt sie mit Jonathan Hill einen eigenen Kommissar. Der bereits seit 2009 als Vorsitzender der Partei amtierende Jan Zahradil von der tschechischen Občanská demokratická strana (ODS) wurde am 22. Juni 2015 abermals für eine weitere zweieinhalbjährige Amtsperiode bestätigt. An der Spitze der Fraktion Europäische Konservative und Reformer (EKR) löste am 12. Juni 2014 Syed Kamall von der Conservative Party den aus dem Europäischen Parlament ausgeschiedenen Parteifreund Martin Callanan ab. Zwar hatten die Conservatives bei der Europawahl 2014 empfindliche Verluste hinnehmen müssen (23,9 Prozent, -3,3 Prozentpunkte). Doch durch die Gewinne der PiS (32,78 Prozent, +4,38 Prozentpunkte) und die Aufnahme neuer Mitglieder vergrößerte sich die Mandatszahl der Fraktion um 11 Angeordnete, weshalb sie erstmals drittstärkste Kraft im Europäischen Parlament noch vor der ALDE ist. Weitere Neuzugänge in den Folgemonaten – darunter der Vorsitzende der slowakischen Sloboda a Solidarita (SaS), Richard Sulík, der im Oktober 2014 von der ALDE zur EKR wechselte, und der ehemalige italienische Regionalminister Raffaele Fitto, der am 18. Mai 2015 aus der Forza Italia (FI) austrat –, ließen die Mandatszahl weiter anwachsen. Für die Aufnahme der Alternative für Deutschland (AfD) stimmte die Fraktion am 12. Juni 2014 entgegen kolportierter Bedenken des britischen Premierministers David Cameron und angeblicher Interventionen der Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union (CDU) und deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel.[3]

Ganz auf Kontinuität setzte die Europäische Linke. Während die Amtszeit des Vorsitzenden des Parteienbündnisses Europäische Linke (EL) ohnehin noch läuft – der 2010 erstmals gewählte Vorsitzende Pierre Laurent von der französischen Parti communiste français (PCF) wurde im Dezember 2013 in seinem Amt bestätigt –, kürten auch die Mitglieder der Fraktion Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) am 19. Juni 2014 abermals die seit 2012 amtierende deutsche Gabriele Zimmer (Die Linke) zu ihrer Vorsitzenden. Dank spektakulärer Erfolge mancher Mitgliedsparteien bei den Europawahlen 2014, allen voran der griechischen Syriza (26,57 Prozent, + 21,87 Prozentpunkte), und der Aufnahme weiterer Mitglieder wie der spanischen Podemos stieg die Zahl der Fraktionsmitglieder auf 52 an – mehr als jemals zuvor zum Zeitpunkt der Fraktionskonstituierung. Entsprechend selbstbewusst verkündete Zimmer, dass ihre Fraktion dieses politische Gewicht nutzen wolle, um „real alternatives at the European level in all policy areas"[4] aufzuzeigen.

Ähnlich geräuschlos starteten auch die europäischen Grünen in die neue Legislaturperiode. Die dreijährige Amtsperiode der beiden Vorsitzenden der Europäischen Grünen Partei (EGP) dauert noch bis Herbst 2015 an. Neben dem deutschen Reinhard Bütikofer (Bünd-

3 EurActiv.de: Fraktionsbildung mit Hindernissen: Merkel lobbyiert gegen AfD, 3.6.2014. Fünf der sieben AfD-Abgeordneten im Europäischen Parlament – darunter Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel – traten nach der Wahl Frauke Petrys zur neuen ersten Parteisprecherin am 5. Juli 2015 aus der AfD aus, sind aber weiterhin Mitglied der AECR-Fraktion.

4 Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken: Strengthened Left will fight for alternatives to EU leaders' dud politics, 11.6.2014, abrufbar unter: http://www.guengl.eu/news/article/strengthened-left-will-fight-for-alternatives-to-eu-leaders-dud-politics (letzter Zugriff: 11.8.2015).

nis 90/Die Grünen) blieb auch die Italienerin Monica Frassoni (Green Italia, GI) weiter im Amt, obwohl sie – wie bereits 2009 – den Einzug in das Europäische Parlament versäumte und sich bereits 2013 gegen Rücktrittsforderungen von Seiten der jungen italienischen Grünen erwehren musste, da sie zur italienischen Parlamentswahl als Kandidatin der Sinistra Ecologia Libertà (SEL), nicht der Federazione dei Verdi angetreten war. An der Spitze der Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz (Grüne/EFA) stand dagegen ein Wechsel an, nachdem Daniel Cohn-Bendit nicht mehr für das Europäische Parlament kandidiert hatte. Am 11. Juni 2014 bestätigte die Fraktion die bereits seit 2009 amtierende deutsche Rebecca Harms (Bündnis 90/Die Grünen) abermals in ihrem Amt. Zu ihrem Ko-Vorsitzenden in Nachfolge von Cohn-Bendit wählten die Parlamentarier den Belgier Philippe Lamberts (Écologistes confédérés pour l'organisation de luttes originales, Ecolo), zwischen 2006 und 2012 Ko-Vorsitzender der EGP. Die Europäische Freie Allianz (EFA), wie 2009 in einer Fraktion mit den Grünen verbunden, wählte am 10. Juni den neu ins Europäische Parlament eingezogenen Katalanen Josep Maria Terricabras (Esquerra Republicana de Catalunya, ERC) zu ihrem Vorsitzenden. Innerhalb der gemeinsamen Fraktion nimmt er das Amt des ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden wahr. An der Spitze der EFA steht seit dem 8. Juli 2014 der Korse François Alfonsi (Partitu di a Nazione Corsa, PNC), der den freiwillig aus dem Amt scheidenden Eric Defoort (Nieuw-Vlaamse Alliantie, N-VA) aus Flandern ablöste. Alfonsi wird von seinen Parteikollegen als „bridge builder, a politician with a strong sense of strategy"[5] beschrieben.

Im Gegensatz zur Konstituierung der Parteien und Fraktionen am rechten Rand des Parteiensystems auf europäischer Ebene gelang die Neuaufstellung der Fraktionen der etablierten Parteien rasch und weitgehend routiniert. Die mediale Aufmerksamkeit, die sich vor den Europawahlen 2014 zumindest kurzzeitig auf die europäischen Parteien und ihre Spitzenkandidaten richtete, ist jedoch nach der Wahl ebenso rasch wieder verflogen. Die Krise um die Zukunft Griechenlands und jüngst auch die Flüchtlingskrise ziehen alle Aufmerksamkeit auf sich und lenken jeden medialen Fokus von den europäischen Parteien und den Fraktionen im Europäischen Parlament ab. Das exekutivlastige und vorrangig einer intergouvernementalen Logik folgende Krisenmanagement lässt eine wirkungsvolle Inszenierung der europäischen Parteien wie auch des Europäischen Parlaments nicht zu.

Weiterführende Literatur:

Jürgen Mittag/Janosch Steuwer: Politische Parteien in der EU, Wien/Stuttgart 2010.

Jo Leinen/Fabian Pescher: Von Parteienbündnissen zu ‚echten Parteien' auf europäischer Ebene? Hintergrund, Gegenstand und Folgen der neuen Regeln für Europäische Parteien, in: integration 3/2014, S. 228-246.

5 Zitiert nach: Europäische Freie Allianz: François Alfonsi elected as first Corsican EFA Party President, 8.7.2014, abrufbar unter: http://www.e-f-a.org/services/news-single-view/?tx_ttnews[tt_news]=775&cHash=4ff9bb25e05926129d2f16e5c5f4babb (letzter Zugriff: 11.8.2015).

Tabelle: Formal anerkannte politische Parteien auf europäischer Ebene[6]

	Gründung/ Reform	Sitz	Mitglieds-Parteien	EP-Fraktion	Politische Ausrichtung	EU-Finanzierung 2015*
ALDE	1976 1993	BE	55 VM aus 39 Staaten	ALDE	liberal	2,094
AECR	2009	BE	18 M aus 15 Staaten/1 A	EKR	national-konservativ/ europaskeptisch	1,952
ADDE	2014	BE	6 (+2) VM aus 7 Staaten/ 1 B	EFDD	europaskeptisch/ rechtspopulistisch	1,242
MELD[7]	2011	FR	8 (+5) M aus 12 Staaten	EKR/ENF	national-konservativ/ europaskeptisch	0,426
MENL	2014	FR	5 M aus 5 Staaten	ENF	europaskeptisch/ rechtspopulistisch	1,171
EUD	2005	DK	8 (+3) M aus 10 Staaten	GUE/NGL/ ALDE/EFDD	europaskeptisch	0,390
EAF	2010	MT	4 (+2) M aus 6 Staaten	MENL	rechtspopulistisch	0,496
AENM[8]	2009	FR	9 M aus 9 Staaten/6 AM		rechtsextrem	0,355
ECPM[9]	2002 2010	NL	17 M aus 15 Staaten	EKR (EFDD)	christlich/ evangelikal	0,461
EDP[10]	2004	BE	11 (+7) M aus 12 Staaten	ALDE	zentristisch (liberal)	0,652
EFA	1982 1994 2004	BE	37 VM aus 16 Staaten/ 1 AM/6 B	Grüne/EFA (EKR)	regional/ „nationalistisch“	0,709
EGP	1983 1993 2004	BE	41 VM aus 34 Staaten/ 3 AM / 2 B	Grüne/EFA	grün/ alternativ	1,703
EL	2004	BE	26 VM aus 21 Staaten/ 10 B	GUE/ NGL	sozialistisch/ post-kommunistisch	1,632
EVP	1976 1999	BE	53 VM aus 27 Staaten/ 3 AM/21 B	EVP	christ-demokratisch (konservativ)	8,091
SPE	1974 1992	BE	33 VM aus 28 Staaten/ 9 AM/10 B	S&D	sozial-demokratisch/ sozialistisch	6,541

Legende: M = Mitgliedspartei / VM = Vollmitglied(partei) / AM = Assoziiertes Mitglied / B = Beobachter.

*In Mio. Euro (gerundet).[11]

6 Aktualisierte Darstellung nach: Jürgen Mittag: Europäische Parteien, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2014, Baden-Baden 2014, S. 370.

7 Englische Abkürzung für: Bewegung für ein Europa der Freiheiten und der Demokratie.

8 Abkürzung für: Europäische Allianz nationaler Bewegungen.

9 Abkürzung für: Europäische Christliche Politische Bewegung.

10 Abkürzung für: Europäische Demokratische Partei.

11 Europäisches Parlament: Grants from the European Parliament to political parties at European level per party and per year, März 2015, abrufbar unter: http://www.europarl.europa.eu/pdf/grants/Grant_amounts_parties%2003-2015_new%20logo.pdf (letzter Zugriff: 11.8.2015).